



MARIA KLEIN-SCHMEINK, MdB

Sprecherin für Gesundheitspolitik der
grünen Bundestagsfraktion

Statement zur Aktionswoche Schuldnerberatung 2016

Diagnose Überschuldung?

Den Teufelskreis aus Armut, Schulden und Krankheit durchbrechen

Schulden stellen eine enorme Belastung für Betroffene dar. Drohungen der Gläubiger, Energiesperren, Räumung der Wohnung, Verlust sozialer Kontakte – für Überschuldete sind diese Existenzängste Alltag. Das schlägt sich auch im Gesundheitszustand nieder. Überschuldete Menschen haben ein deutlich erhöhtes Risiko, krank zu werden. Jede*r dritte Überschuldete gibt an, aufgrund der finanziellen Situation erkrankt zu sein, wie aus einer Studie der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz hervorgeht. Vor allem psychische Erkrankungen treten häufiger auf, denn auf den Betroffenen lastet ein hoher emotionaler und psychischer Druck. Überschuldung wird zudem oft durch Situationen wie Arbeitslosigkeit oder Scheidung/Trennung ausgelöst, die für sich betrachtet schon eine Belastung darstellen.

Da Überschuldung mit Scham und Vorurteilen belastet ist, kann es passieren, dass sich Freunde und Familie zurückziehen und soziale Auffangnetze nicht mehr halten. Schulden können so zu einem Verlust des Selbstwertgefühls und schließlich zu psychischen Erkrankungen wie Angstzuständen, Depressionen und Psychosen führen. Zusätzlich verschärft werden die gesundheitlichen Risiken der Überschuldung, da Betroffene aus Geldmangel verschriebene Medikamente nicht kaufen oder den Arztbesuch auslassen. Die nötigen Zuzahlungen aus eigener Tasche werden hier zum Hindernis, medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Umgekehrt funktioniert der Mechanismus aber auch, wenn gesundheitliche Probleme zu finanziellen Notlagen und Überschuldung führen. Knapp ein Drittel der Betroffenen nennt eine Krankheit als Hauptgrund für die Überschuldung. Für weitere zwölf Prozent war eine Suchterkrankung der Auslöser. Kurz gesagt: Schulden machen krank – und Krankheit macht Schulden.

Doch wie können Betroffene diesem Teufelskreis aus Armut, Überschuldung und Krankheit entkommen? Ich finde, wir dürfen Überschuldung nicht länger als rein wirtschaftliches oder juristisches Problem betrachten, sondern müssen die weitreichenden sozialen und gesundheitlichen Folgen in den Blick nehmen. Überschuldung ist ein Querschnittsthema und muss auch als solches behandelt werden. Deswegen brauchen wir interdisziplinäre und zielgruppenspezifische Programme zur Prävention.

Außerdem muss die soziale Schuldnerberatung gestärkt und ausgebaut werden, damit Ratsuchende schnell und flächendeckend Hilfe bekommen. Die oftmals langen Wartezeiten für einen Beratungstermin bringen Menschen, die um ihre Existenz fürchten, zusätzlich in Bedrängnis. Für Betroffene ist die soziale Schuldnerberatung eine unverzichtbare Unterstützung. Die Beraterinnen und Berater entwickeln gemeinsam mit den Betroffenen eine Strategie, um Schritt für Schritt den Schuldenberg zu bezwingen. Die psychosoziale Ebene spielt in den Beratungen eine zentrale Rolle. Für die Betroffenen bedeutet das auch, dass sie ihren Existenzängsten nicht mehr ganz allein gegenüberstehen. Beratungsstellen müssen wir durch spezifische medizinische und psychologische Betreuung für diese Klientel ergänzen, damit Betroffene auch bei ihren gesundheitlichen Problemen unterstützt werden. Denkbar sind zudem spezielle Schulungen, sodass Schuldnerberaterinnen und -berater erste Anzeichen einer Gesundheitsdestabilisierung im Blick haben.

Mich treibt es um, dass auch unser System zur Absicherung im Krankheitsfall dazu beiträgt, Menschen in die Schuldenfalle zu treiben. Gerade Selbständige mit niedrigen Einkommen laufen Gefahr, in finanzielle Not zu geraten. Oft geht fast die Hälfte ihres Einkommens für die Krankenversicherung drauf. Das betrifft privat Versicherte, aber auch freiwillig gesetzlich Versicherte. So türmen sich schnell neue Schuldenberge auf. Wer zwei Monate trotz Mahnung keine Beiträge zahlt, erhält medizinische Leistungen nur noch auf Sparflamme. Kein Wunder, dass da die Gesundheit leidet. Damit Beitragsschulden gar nicht erst entstehen und nicht der Geldbeutel darüber entscheidet, ob jemand zum Arzt gehen kann und eine angemessene, nicht nur das pure Überleben sichernde Versorgung erhält, muss für Selbständige mit geringen Einkommen eine angemessene Absicherung ermöglicht werden. Am besten geht dies mit der Bürgerversicherung, in die jede*r nach Einkommen einzahlt. Auf dem Weg dahin müssen aber auch die aktuellen Anforderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung für diese Gruppe angepasst werden. Heute werden pauschal Durchschnittseinkommen zugrunde gelegt, die Selbständigen mit geringen Einkommen nicht gerecht werden.